

Sitzungsniederschrift

22. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungsraum 4.005, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 28.01.2019	Sitzungsbeginn: 15:01 Uhr	Sitzungsende: 16:22 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Feldmann, Julia	SPD	
Feldmann, Rainer	FDP	
Harms, Antje	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Roß, Helmut	Roß	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:

Mitglieder

Looden, Holger

AfD

Siebels, Wiard

SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung

 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

 3. Feststellung der Tagesordnung

 4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.12.2018

 5. Einwohnerfragestunde

 6. Vierte Beratung des Haushaltsplanes 2019

 7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

 8. Einwohnerfragestunde

 9. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

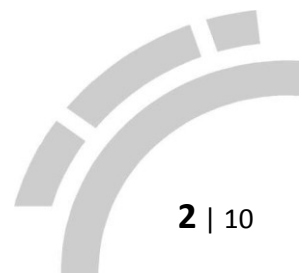
Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.01 Uhr die 22. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Jan-Adolf Looden nahm für den Abgeordneten Holger Looden an der Sitzung teil. Abgeordneter Ihnen vertrat den Abgeordneten Siebels.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.



TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 12.12.2018**

Die Niederschrift über die 21. Sitzung des Finanzausschusses am 12.12.2018 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Vierte Beratung des Haushaltsplanes 2019**

Frau Saathoff wies darauf hin, dass mit Schreiben vom 24.01.2019 der Entwurf des Ergebnishaushaltes 2019 in Papierform (Anlage 1) sowie eine Übersicht über die Teilhaushalte (Anlage 2) an die Fraktionsvorsitzenden und die Mitglieder des Finanzausschusses verschickt worden sei. Die Unterlagen seien am selben Tag in Session eingestellt worden.

Zu Beginn der Sitzung sei eine Übersicht der Personal- und Versorgungsaufwendungen der Teilhaushalte (Anlage 3) sowie eine Liste der zusätzlichen Bauunterhaltungsmaßnahme (Anlage 4) an die Teilnehmer verteilt worden.

Frau Saathoff erläuterte ausführlich die Veränderungen in den einzelnen Teilhaushalten.

Abgeordneter Meyerholz fragte, warum die Zahlen des Haushaltsplanes 2018 in der Anlage 2 nicht mit dem beschlossenen Haushaltsplan 2018 übereinstimmen.

Anmerkung der Verwaltung:

Nur die Summenformeln in der Anlage 2 bei den internen Leistungsverrechnungen sind nicht korrekt. Die Beträge bei den einzelnen Teilhaushalten sind richtig. Dem Protokoll ist eine korrigierte Anlage 2 beigelegt.

Frau Saathoff führte fort, dass der Stellenplan im Wesentlichen unverändert aus dem Haushaltsjahr 2018 übernommen werde. Die Gesamtzahl der vorhandenen Stellen sei unverändert. Es gebe jedoch verschiedene Wechsel zwischen Beamten- und Beschäftigtenstellen, die bereits in der Sitzung des Personalausschusses am 24.01.2019 erläutert worden seien. Die Mehraufwendungen würden bei rd. 4,2 Mio. € liegen (Anlage 3). Diese Mehraufwendungen würden aus einer Besoldungserhöhung ab Januar in Höhe von 3,5 % sowie einer Tarifsteigerung in Höhe von 3,02 % ab April resultieren. Außerdem seien LOB-Zahlungen an die Tarifbeschäftigten in Höhe von 714.000 € und erstmals auch für die Beamten in Höhe von 127.000 € eingeplant. Die Aufwendungen für die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen seien unverändert

mit 4,1 Mio. € eingeplant, hier bleibe der endgültige Bescheid der Nds. Versorgungskasse abzuwarten.

Allgemeine Deckungsmittel

Der Teilhaushalt weise eine Verbesserung in Höhe von 11,58 Mio. € aus. Die Erträge bei der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen würden um 11 Mio. € steigen. Entsprechend des Beschlusses des Kreistages vom 19.12.2018 sei für den Eigenbetrieb Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden ein laufender Zuschuss in Höhe von 300.000 € und für die Instandhaltung ein Betrag in Höhe von 200.000 € eingeplant.

Außerdem sei gemäß Kreistagsbeschluss vom 19.12.2018 ein laufender Zuschuss in Höhe von 50.000 € für das Europahaus Aurich vorgesehen.

Der Verlustausgleich für die UEK gGmbH sei für 2019 und die Finanzplanjahre auf 8 Mio. € reduziert worden. Die Abschreibungen für die an das Land zu zahlende Krankenhausfinanzierung seien um 30.000 € gestiegen.

Die Gewinnausschüttung der EWE sei wie in den Vorjahren mit 1,7 Mio. € eingeplant. Von der Team Telematikzentrum GmbH sei keine Gewinnausschüttung zu erwarten.

Innerer Dienst

Die Verschlechterung des Teilhaushaltes (- 157.000 €) sei insbesondere auf erhöhte Personalaufwendungen und auf die nicht erstattungsfähigen Kosten für die Landratswahl zurückzuführen.

Personalwesen

Frau Saathoff informierte weiter, dass die Verschlechterung in Höhe von 322.000 € u.a. mit erhöhten Sachaufwendungen für die Betreuung des Personalabrechnungsprogramms zusammenhänge. Bislang sei die Betreuung von eigenen Mitarbeitern vorgenommen worden. Da die Betreuung immer aufwendiger und zeitintensiver werde, werde diese zukünftig von Dritten wahrgenommen. Im Teilhaushalt des Amtes 40 komme es wegen dieser geänderten Betreuung zu einer Einsparung in Höhe von 106.000 €.

Rechnungsprüfungsamt

Beim Rechnungsprüfungsamt komme es zu einer Einsparung bei den Personalaufwendungen (25.000 €) sowie Einsparungen bei den Sachaufwendungen (30.000 €).

Zentrale Finanzverwaltung

Bei den Personalaufwendungen gebe es keine Veränderungen. Bezüglich der Bearbeitung des Steuerrechtes (§ 2 b Umsatzsteuergesetz) sei evtl. eine externe Unterstützung erforderlich, die zu erhöhten Sachaufwendungen führen könne.

Abgeordneter Bargmann fragte nach, ob die von der Gemeinde Südbrookmerland vorgeschlagene Nichtberücksichtigung der Schlüsselzuweisungen bei der Berechnung der Kreisumlage bereits geprüft worden sei.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass der Vorschlag der Gemeinde Südbrookmerland, den sie auch aus der Presse entnommen habe, nicht umsetzbar sei, weil die Berechnungsgrundlagen für die Kreisumlage im Nds. Finanzausgleichsgesetz (NFAG) festgelegt seien. Hiefür sei eine Gesetzesänderung erforderlich.



Anmerkung:

Im Nachgang zur Sitzung des Finanzausschusses wurde von Hilko Gerdes darauf hingewiesen, dass der Pressebericht bezüglich des Ausschusses für Haushalt und Finanzen der Gemeinde Südbrookmerland im Zusammenhang mit den Ausführungen zur Kreisumlage nicht korrekt sei. Er habe in der Sitzung darum gebeten, die Berechnungsgrundlagen zur Kreisumlage zu differenzieren und zum Beispiel die Schlüsselzuweisungen mit einem niedrigeren Satz zu berücksichtigen. Dieses führt dazu, dass die finanzstarken Kommunen eine höhere Kreisumlage zahlen müssen. Die finanzschwachen Kommunen würden entsprechend entlastet werden.

Frau Saathoff sagte, dass die Verbesserung von 137.000 € im Teilhaushalt des Amtes 20 aus der Kreditaufnahme für die Alte Ziegelei der Abfallwirtschaft resultiere. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 sei festgestellt worden, dass das Darlehen vom Landkreis übernommen werden müsse (sh. Rechenschaftsbericht 2013). Die Mittel seien jetzt in dem Teilhaushalt Allgemeine Deckungsmittel veranschlagt worden und würden über den Gesamthaushalt nicht zu einer Einsparung führen.

Technisches Gebäudemanagement

Der Teilhaushalt verbessere sich um 54.000 €. Die Erträge würden um 69.000 € steigen, die Personal- und Sachaufwendungen um 15.000 € steigen.

Ordnungsamt

Im Ordnungsamt seien 580.0000 € erhöhte Personalaufwendungen eingeplant (insbesondere für den Bereich Asyl und Staatsangehörigkeitenrecht). Die Sachaufwendungen und Erträge für den Brandschutz seien um 160.000 € bzw. 169.000 € erhöht worden und würden sich somit mehr als ausgleichen.

Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

In diesem Teilhaushalt sei die Abweichung insbesondere in den erhöhten Personalaufwendungen in Höhe von 139.000 € begründet.

Amt für Schulen und IT

Die Verbesserung in diesem Teilhaushalt liege bei 145.000 €. Die Personalaufwendungen würden sich um 66.000 € erhöhen. Bei den Sachaufwendungen sei eine Reduzierung in Höhe von 187.000 € (vergleiche Mehraufwand im Teilhaushalt Personalwesen) und bei den Erträgen eine Erhöhung von 24.000 € enthalten.

Schulen

Insgesamt verschlechtere sich der Teilhaushalt um 1,149 Mio. €. Die Personalmehraufwendungen bei den Schulen würden bei 642.000 € liegen. Die Sachaufwendungen würden um 470.000 € steigen (u.a. Bauunterhaltung IGS Egels u. BBS II). Die Erträge würden sich um 37.000 € reduzieren.

Sozialamt

Der Teilhaushalt des Sozialamtes verschlechtere sich um ca. 3 Mio. €. Dieses sei insbesondere durch erhöhte Aufwendungen in der Eingliederungshilfe (3,439 Mio. €) begründet. Außerdem seien die Zahlen bei den Asylbewerbern rückläufig, dieses führe zu geringeren Erträgen in Höhe von 4,95 Mio. € und geringeren Aufwendungen in Höhe von 2,73 Mio. €. Die Erträge aus dem Quotalen System würden um ca. 3 Mio. € steigen.



Amt für Kinder, Jugend und Familie

Frau Saathoff erläuterte die negativen Abweichungen bei den Haushaltsansätzen des Amtes für Kinder, Jugend und Familie. Die Personalmehraufwendungen würden bei 1 Mio. € liegen. Die Sachaufwendungen seien um fast 4 Mio. € höher. Die Erträge seien um 254.000 € niedriger (u.a. 483.000 € weniger für die Erstattung von Unterhaltsvorschussleistungen, 232.000 € mehr für die Tagespflege). Für die AuNo gGmbH der Kreisvolkshochschule seien 2,8 Mio. € für die Schulbegleitung eingeplant (Integration). Auf der Grundlage der alten Kita-Vereinbarung würden die kreisangehörigen Gemeinden 6,4 Mio. € erhalten. Weitere 75.000 € würden für Projekte und 10.000 € für die Qualitätssicherung gezahlt. Außerdem sei wie im Vorjahr entsprechend der neuen zu verabschiedenden Kita-Vereinbarung eine zusätzliche Garantiesumme in Höhe von 600.000 € eingeplant.

Landrat Weber wies darauf hin, dass ein Beschluss über die Kita-Vereinbarung noch ausstehe. Ab dem Jahr 2021 solle der Garantiebetrug auf 1 Mio. € ansteigen. Die eingesparten Mittel durch die Beitragsfreiheit für die Transferleistungsempfänger in Höhe von 757.000 € sollen ebenfalls an die Gemeinden weitergegeben werden. Insgesamt würden in diesem Jahr für die Kita-Förderung fast 8 Mio. € an die Gemeinden ausbezahlt werden. Dieser Betrag entspreche vier Punkten Kreisumlage.

Amt für Gesundheitswesen

Bei diesem Teilhaushalt ergebe sich eine geringfügige Verbesserung in Höhe von 4.000 €, so **Frau Saathoff**.

Jobcenter (Amt)

Der Teilhaushalt des Jobcenters verschlechtere sich um 660.000 €. Um bei den Kosten der Unterkunft ein Umschlagen in die Bundesauftragsverwaltung zu vermeiden, werde der Umsatzsteueranteil aus dem 5 Mrd. €-Entlastungspaket des Bundes von 2,4 Mrd. € auf 3,4 Mrd. € aufgestockt (die Landkreise würden einen Teil über die Kreisumlage erhalten) und die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft entsprechend vermindert. Bei den Kosten der Unterkunft ergebe sich hierdurch eine Verschlechterung in Höhe von 1,8 Mio. €. Die Personalaufwendungen würden um 371.000 € steigen.

Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz

Frau Saathoff informierte, dass die Personalaufwendungen um 218.000 € ansteigen. Die Sachaufwendungen seien um 331.000 € erhöht worden (u.a. Sicherung der FHH-Gebiete, Managementplan mit den Landkreisen Leer und Wittmund).

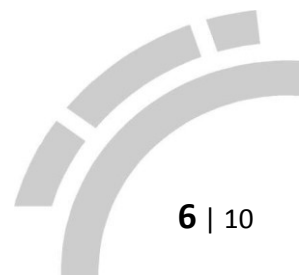
Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche

In diesem Teilhaushalt seien 286.000 € erhöhte Personalaufwendungen eingeplant. Außerdem würden die Sachaufwendungen um 455.000 € ansteigen (davon Abschreibungen i.H.v. 239.000 €). Die Erträge seien um 164.000 € erhöht worden (davon 50.000 € Erträge aus der Auflösung von Sonderposten).

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Die Verbesserung liege bei 28.000 €. Die Mehraufwendungen für Personal (155.000 €) würden geringeren Sachaufwendungen (227.000 €), insbesondere durch Einsparungen bei der Schülerbeförderung, und sonstigen geringeren Erträgen (44.000 €) gegenüber stehen.

Abgeordneter Looden erkundigte sich nach dem aktuellen Schuldenstand.



Frau Saathoff teilte mit, dass der Schuldenstand ohne Haushaltseinnahmereste zum Jahresende 2018 bei 149,6 Mio. € liege. Die Netto-Neuverschuldung 2018 betrage 132.449,92 €. Da in dieser Summe die bisher ausgewiesenen Kredite der Abfallwirtschaft (Alte Ziegelei) in Höhe von ca. 1,9 Mio. € berücksichtigt seien, habe der Landkreis sich tatsächlich langfristig entschuldet.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel ging davon aus, dass der Stellenplan 2017 Grundlage für die Haushaltsplanung sei. Sie erkundigte sich, ob es eine Übersicht mit den Projektstellen, die durch Fördermittel bezuschusst werden, gebe. Außerdem wollte sie wissen, ob es eine Übersicht über die Zahlungen für den übertragenen Wirkungskreis gebe.

Landrat Weber sagte, dass der Stellenplan aus dem Jahr 2017 und 2018 Grundlage für die Personalaufwendungen 2019 sei. Eine Übersicht über die geförderten Projektstellen werde in den nächsten Monaten erstellt.

Frau Saathoff bat, zu berücksichtigen, dass die Fördermittel teilweise Personal- und Sachkostenzuschüsse beinhalten würden. Für die „alten“ Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises erhalte der Landkreis eine pauschale Zuweisung in Höhe von ca. 6,7 Mio. €. Für die neuen Aufgaben erhalte der Landkreis direkte Zuweisungen in Höhe von ca. 625.000 €.

Frau Saathoff fasste zusammen, dass der Überschuss im Ergebnishaushalt 738.000 € betrage. Die Daten für die Finanzplanjahre 2020 bis 2022 würden in den nächsten Tagen eingearbeitet werden.

Abgeordneter Feldmann fragte, warum das vorläufige Ergebnis 2017 bei den Abschreibungen (Anlage 1) so gering sei.

Frau Saathoff wies darauf hin, dass die Abschreibungen und Sonderpostenerträge für das Jahr 2017 noch nicht gebucht seien und sich aus diesem Grund diese erheblichen Abweichungen ergeben würden.

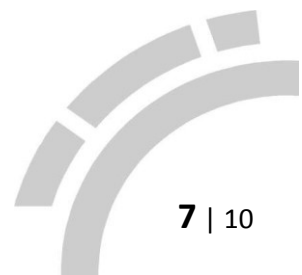
Frau Saathoff sagte, dass am 12. Februar 2019 eine weitere Sitzung des Finanzausschusses geplant sei. In einer zusätzlichen Sitzung des Kreistages Ende Februar solle die Haushaltssatzung beschlossen werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel monierte die Terminplanung. Aus ihrer Sicht bestehe nicht ausreichend Zeit, um Anträge in den Fachausschüssen stellen zu können. Die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe würden seit Jahren steigen. Hier müsse man gucken, wie man diese Steigerungen in den Griff bekomme.

Landrat Weber machte deutlich, dass es sich bei den im Haushaltsplan enthaltenen Ansätzen ganz überwiegend um Pflichtausgaben des Landkreises handele.

Abgeordneter Meyer stellte fest, dass der jetzt vorgelegte Haushaltsplan auf Beschlüsse des letzten Jahres zurückzuführen sei. Diese Beschlüsse seien nun von der Verwaltung eingearbeitet worden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel meinte, dass sie erst jetzt wisse, wie hoch der Überschuss sei und somit auch jetzt erst Überlegungen anstellen könne, für welchen Bereich noch Mittel ausgegeben werden können.



Landrat Weber machte deutlich, dass die Beschlüsse zur Kreisvolkshochschule und zum Europahaus gefasst seien. Der Überschuss in dem Ergebnishaushalt sollte dazu genutzt werden, den Fehlbetrag zu reduzieren. Es sollten keine zusätzlichen Gelder ausgegeben werden.

Auch **Abgeordneter Looden** meinte, dass bei langfristigen Verbindlichkeiten von rd. 150 Mio. € zunächst die Schulden abgebaut werden sollten.

Landrat Weber erinnerte, dass der Stand der Liquiditätskredite vor einigen Jahren bei rd. 90 Mio. € gelegen habe. Bereits seit längerer Zeit seien im Kernhaushalt keine Liquiditätskredite erforderlich. Hierüber sei bereits mehrfach berichtet worden.

Den langfristigen Darlehen würden entsprechende Vermögenswerte gegenüber stehen, so **Landrat Weber**.

Frau Saathoff erläuterte ausführlich die Liste mit den zusätzlichen Bauunterhaltungsmaßnahmen gemäß der Anlage 4. Hierbei handele es sich um werterhaltende Maßnahmen, die im vorliegenden Entwurf des Ergebnishaushaltes enthalten seien. Durch diese Maßnahmen werde die investive Verschuldung nicht erhöht.

Abgeordneter Meyerholz wollte wissen, warum die Flachdachsanierung der Sporthalle des Gymnasiums Aurich als Investition und nicht bei der baulichen Unterhaltung eingeplant sei.

Frau Saathoff sagte eine Klärung zu.

Anmerkung:

Für das Haushaltsjahr 2020 sind 250.000 € bei den Investitionen eingeplant. Wegen der Größenordnung wird davon ausgegangen, dass es sich um eine Wertverbesserung der Substanz handelt, die als Investition im Finanzhaushalt eingeplant wurde.

Abgeordneter Jelken fragte nach, ob es für die Erneuerung der Treppenhausbeleuchtung beim Gymnasium Aurich Fördermittel gebe.

Anmerkung:

Nach Rücksprache mit dem Technischen Gebäudemanagement wurden bislang keine Fördermittel beantragt. Seitens des Fachamtes erfolgt eine Prüfung, ob ggf. Fördermittel beantragt werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, ob bis zur Sitzung des Finanzausschusses am 12.02.2019 Anträge eingereicht werden müssen.

Diese Frage wurde von **Frau Saathoff** bejaht, mit dem Hinweis, dass in der Sitzung eine Anpassung des Investitionsplanes vorgelegt werde.

Anmerkung:

Folgende Sitzungsplanung ist für den Beschluss der Haushaltssatzung 2019 vorgesehen:

12. Februar 2019

Finanzausschuss

21. Februar 2019

Finanzausschuss

05. März 2019

Kreisausschuss und Kreistag



Die Sitzung des Finanzausschusses am 11. März 2019 entfällt.

Ein entsprechendes Schreiben an die Kreistagsabgeordneten wurde mit Datum vom 29. Januar 2019 verschickt.

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Sitzungsgelder für Sitzungen der Ostfriesischen Landschaft

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich nach der Verfahrensweise der Auszahlung von Sitzungsgeldern bei der Teilnahme von Mitgliedern der Fraktionen, die nicht Mitglied des Kreistages sind, an den Sitzungen der Ostfriesischen Landschaft.

Landrat Weber sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Von den Sitzungen der Ostfriesischen Landschaft gibt es keine Teilnehmerlisten. Dem Kreistagsbüro ist nach der Teilnahme an einer Sitzung der Ostfriesischen Landschaft ein Nachweis über die Teilnahme und ein Antrag vorzulegen. Auf dieser Grundlage erfolgt dann die Auszahlung von Fahrtkosten gemäß § 6 Abs. 2 Aufwandsentschädigungssatzung, sofern von anderer Seite keine Entschädigung gezahlt wird.

Stand der Jahresabschlüsse / Jahresabschluss 2014

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte im Zusammenhang mit dem Weggang einer Mitarbeiterin im Amt 20 nach dem Stand der Jahresabschlüsse.

Frau Saathoff sagte, dass die Stelle der Sachgebietsleitung der Zentralen Finanzbuchhaltung intern ausgeschrieben worden sei. Die Bewerbungsfrist ende heute.

Landrat Weber informierte, dass der Jahresabschluss 2014 fertiggestellt sei. Der Jahresüberschuss betrage ca. 15,8 Mio. €, 10,6 Mio. € höher als geplant. Der Überschuss müsse zur Deckung des kameralen Sollfehlbetrages herangezogen werden. In der Schlussbilanz zum 31.12.2015 reduziere sich der Sollfehlbetrag auf 31.286.788,53 €.

Die Unterlagen zum Jahresabschluss 2014 würden sich seit einer Woche in der Prüfung beim Rechnungsprüfungsamt befinden. Es sei davon auszugehen, dass die Beratung und Beschlussfassung im Kreistag im ersten Halbjahr 2019 erfolge.

TOP 8 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.



TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.22 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin

